

## "Die Saar ist deutsch" in Die Welt (25. Oktober 1955)

**Legende:** Nachdem die Ergebnisse der Volksbefragung über das Saarstatut bekannt werden, untersucht die Tageszeitung Die Welt am 25. Oktober die Folgen der Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland und erinnert daran, wie wichtig gute Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sind.

**Quelle:** Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. Hrsg. SCHULTE, Heinrich ; Herausgeber ZEHRER, Hans. 25.10.1955, n° 249; 10. Jg. Hamburg: Die Welt.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"die\\_saar\\_ist\\_deutsch"\\_in\\_die\\_welt\\_25\\_oktober\\_1955-de-f05d7385-1181-4431-903b-1315951871d0.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 16/09/2012

## Die Saar ist deutsch

von Conrad Ahlers

### **Das Ergebnis der Volksabstimmung**

#### **Bekanntnis zur deutschen Einheit**

#### **Die Saar: Brücke zwischen Deutschland und Frankreich**

Man kann den Ausgang der Volksabstimmung an den Saar nicht ohne innere Bewegung betrachten. Hier hat ein kleiner deutscher Volksteil, dem endlich die Möglichkeit einer freien demokratischen Entscheidung gewährt wurde, ein unüberhörbares Bekenntnis zu Deutschland abgelegt. Ganz auf sich allein gestellt, vor den Entscheid zwischen einer unsicheren Zukunft und einer sicheren Behaglichkeit gestellt, sind diese Menschen der Stimme ihres Herzens gefolgt.

Das deutsche Volk, noch immer in einzelne Teile zerrissen, hat Grund, diese Entscheidung dankbar anzuerkennen. Sie kam zustande, obwohl die Bonner Regierung aus wohlwollenden Gründen eine Annahme des Saarstatuts empfohlen hatte. Sie kam zustande gegen einen starken Druck der interessierten Regierungen anderer Staaten und gegen die Beeinflussung durch die wohlorganisierte öffentliche Meinung der westlichen Welt. Noch in den letzten Stunden vor der Abstimmung hat der Leiter der europäischen Kontrollkommission gegen seine Verpflichtung zur Unabhängigkeit verstoßen und versucht, die Vorzüge eines Ja deutlich zu machen.

\*

Aber alle Interventionen haben nicht das gewünschte Ergebnis gehabt. Sie konnten nicht erfolgreich sein, weil Frankreichs Versuch einer Abtrennung des Saargebiets durch einen einseitigen Gewaltakt begonnen und mit undemokratischen Mitteln fortgesetzt worden war. Hinzu kommt, daß gerade Frankreich durch die Ablehnung der EVG im vergangenen Jahr dem Gedanken der europäischen Einheit einen schweren Schlag versetzt hatte und dadurch selbst verhinderte, daß die Saarfrage im Rahmen einer echten europäischen Lösung geregelt werden konnte.

Das nun verworfene Saarstatut war darüber hinaus das Resultat einer Drohung der französischen Regierung, die Pariser Verträge nicht zu unterschreiben, wenn die Bundesregierung ihm nicht zustimmen würde. Dadurch war es in seinem Wert für eine deutsch-französische Verständigung von vornherein beeinträchtigt. Wenn trotzdem der Bundeskanzler bis an die äußerste Grenze des Möglichen seine einmal geleistete Unterschrift honorierte, so war das ein Beweis für die deutsche Vertragstreue, wie er eindeutiger nicht geführt werden konnte. Mit der Zeit wird sich auch im Saargebiet die Erkenntnis durchsetzen, daß die Bundesregierung nur schwer hätte anders handeln können.

Außerdem erbrachte die Vereinbarung zwischen Bonn und Paris über das Saarstatut erst die Möglichkeit der Volksabstimmung und öffnete dadurch die Tür für den Einzug der Freiheit in diesem Gebiet. Die prodeutschen Parteien konnten aktiv werden. Das Nein brachte gleichzeitig den Rücktritt der von Paris gestützten Regierung Hoffmann und die Anberaumung freier Wahlen für einen neuen Landtag. „Der Dicke“, wie Hoffmann respektlos genannt wurde, hat sich durch diese prompte Anerkennung des Volkswillens noch einen guten Abgang verschafft. Es ist zu begrüßen, daß auch Frankreich trotz der vorher abgegebenen Erklärungen, bei einem Nein würde alles beim alten bleiben, die Uhr nicht zurückstellen und Hoffmann nicht im Amt halten will.

\*

Dieses Gewährenlassen läßt den Schluß zu, daß die französische Regierung früher oder später bereit sein wird, neue Verhandlungen zu beginnen, sobald die erste Entrüstung über das Abstimmungsergebnis in Paris abgeklungen ist. Wir können die Franzosen beim Wort nehmen, die stets den Standpunkt vertreten haben,

daß die Saarfrage kein Hindernis für eine deutsch-französische Verständigung sein darf. Es ist selbstverständlich, daß auch von deutscher Seite weiterhin alles getan werden wird, um dieses Hindernis zu beseitigen. Die deutschen Parteien im Saargebiet haben mit ihrer Erklärung im Anschluß an die Verkündung des Ergebnisses damit bereits einen Anfang gemacht. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Volksabstimmung im Saargebiet richtig gewertet wird. Die Bevölkerung hat am Sonntag ihren Willen bekundet Deutsche zu sein und zu bleiben. Dieser Wille muß respektiert werden, auch wenn bis zu einer Rückgliederung des Saargebiets noch einige Zeit verstreichen muß. Es gibt zahllose Möglichkeiten, die nun einsetzende Übergangsperiode erträglich zu gestalten – so etwa indem die Grenzen zwischen dem Saargebiet und Deutschland voll geöffnet und den Saardeutschen gleichzeitig die deutsche Staatszugehörigkeit zuerkannt wird.

\*

Alle deutschen Parteien haben erkannt, daß Frankreich schwerwiegende wirtschaftliche Interessen an der Saar besitzt. Deutschland wird immer bereit sein, darauf Rücksicht zu nehmen und Frankreich soweit wie möglich entgegenzukommen. In diesem Bereich liegen ausreichende Kompromißmöglichkeiten für eine Vereinbarung, durch die das Saargebiet in wirtschaftlicher Hinsicht eine Brücke zwischen Deutschland und Frankreich werden kann. Die Regierungen in Paris würden aber gut daran tun, jetzt einzusehen, daß ihre wirtschaftlichen Saarinteressen nur dann gesichert sind, wenn geordnete und rechtmäßige politische Verhältnisse in diesem Gebiet herrschen. Der Versuch, einen wirtschaftlichen Machtanspruch politisch zu sichern, ist jedenfalls fehlgeschlagen. Je eher diese Tatsache anerkannt wird, desto besser.

In diesem Fall werden weder die deutsch-französischen Beziehungen noch die Bestrebungen zur europäischen Vereinigung, noch die notwendige Einheit des Westens durch das Nein zum Saarstatut beeinträchtigt werden. Es ist bedauerlich, daß ein großer Teil der ausländischen Presse das Abstimmungsergebnis als einen „Sieg des deutschen Nationalismus“ diffamiert. Derartige Angriffe gehen nicht nur fehl – die Abstimmung selbst sowie die deutsche Reaktion darauf haben gezeigt, daß Deutschland von einem Neonationalismus weit entfernt ist. Sie mindern darüber hinaus das Vertrauen in die Partnerschaft zwischen Deutschland und dem Westen, deren Erhaltung die wichtigste Aufgabe der gemeinsamen Politik sein muß.

\*

Wenige Tage vor der Genfer Außenministerkonferenz darf es zu keinem neuen Konflikt im westlichen Lager kommen. Vielleicht ist es gut gewesen, daß die Abstimmung gerade zu diesem Zeitpunkt stattfand, an dem die Bewahrung einer geschlossenen Front so zwingend ist. Der französische Regierungschef Faure hat jüngst erklärt, daß der Ausgang der Saarabstimmung keine Änderung der französischen Politik in der Frage der deutschen Wiedervereinigung mit sich bringen würde. Wenn dieser Geist der Verständigung siegt, dann braucht man keine Sorgen vor den Folgen des Abstimmungsergebnisses zu haben.

Wir selbst müssen darauf achten, daß die deutsche Saarpolitik in der nächsten Zeit sowohl Geduld wie auch Festigkeit zeigt. Es dürfen keine falschen Experimente gemacht werden, es dürfen auch keine überstürzten Forderungen gestellt werden. Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß der Prozeß der deutschen Wiedervereinigung, in den auch die Saarfrage hineingehört, langsam und mühsam verläuft und in die große weltpolitische Problematik eingebettet ist. Das gleiche gilt für die Bemühungen um die europäische Einheit. Das Ziel bleibt bestehen: „Ein wiedervereinigtes Deutschland, das in eine europäische Gemeinschaft integriert ist.“